

## Presseinformation

des Oberösterreichischen Landesrechnungshofes

LRH / Initiativprüfung / Pflege – Bedarf, Ausbildung, Strategie

### **Enormer Bedarf an zusätzlichen Pflegekräften bis 2030; Problematik braucht Lösungen auf mehreren Ebenen**

***Vor dem Hintergrund eines Pflegekräftemangels prüfte der LRH nicht nur die Ist-Situation, sondern auch den bis 2030 zu erwartenden Pflegekräftebedarf. Die Zahl der Pflegekräfte stieg in OÖ seit 2017 stetig; die verbleibende Versorgungslücke ist jedoch nicht gesamthaft quantifizierbar. Als Grundlage für eine seriöse Bedarfsplanung braucht es die Konkretisierung der erwartbaren Leistungen, um dem gesellschaftspolitischen Ziel „Altern in Würde muss gesichert sein“ zu entsprechen. Dieser Leistungsbedarf sollte die Grundlage für die Personalbedarfsplanung sein.***

***Zur Deckung der bis 2030 angenommenen Leistungsentwicklungen errechnet der LRH, dass bis 2030 rund 9.550 Menschen für die Pflege gewonnen werden sollten.***

***Die Prüfung zeigt zudem, dass der Pflegekräftemangel kein Problem fehlender Ausbildungskapazitäten, sondern fehlender Interessentinnen bzw. Interessenten für den Pflegeberuf ist. Daher ist es eines der Ziele des Projekts „Fachkräftestrategie Pflege“, zusätzlich Personen für die Pflegeausbildung zu gewinnen. Alle Projektziele sollten mit konkreten Messkriterien hinterlegt und ihre Erreichung laufend überprüft werden.***

In den Pflegeberufen in den oö. Fondskrankenanstalten kommen die Berufsbilder gehobener Dienst – gemeint ist die Diplompflege, deren Ausbildung seit 2018 auf Fachhochschulniveau stattfindet – Pflegefachassistenz und Pflegeassistenz zum Einsatz. Für den Bereich der Altenbetreuung und -pflege sieht das Oö. Sozialberufegesetz die Diplom- bzw. Fach-Sozialbetreuung „Altenarbeit“ sowie die Heimhilfe vor. „Aufeinander aufbauende Ausbildungsmodule könnten sich durch verbesserte Weiterentwicklungschancen und Karrierewege positiv auf die Attraktivität des Pflegeberufes auswirken“, erklärt LRH-Direktor Dr. Friedrich Pammer.

Seit 2017 erhöhte sich der Ist-Stand an Pflegekräften in den oö. Fondskrankenanstalten von rund 8.800 auf rund 9.200 Vollzeitäquivalente. 87 Prozent gehören dem gehobenen Dienst an und drei Prozent der Pflegefachassistenz. „Die unbesetzten Dienstposten – 167 von 9.845 in den Rechnungsabschlüssen 2021 – lassen zwar auf einen Pflegekräftemangel schließen, es war im Rahmen der Prüfung jedoch nicht möglich, diesen gesamthaft zu quantifizieren“, erörtert Pammer. Den krankenanstaltenrechtlichen Versorgungsauftrag erfüllten bisher aber alle oö. Krankenanstalten in vollem Umfang.

Die Zahl der Pflegekräfte im Bereich der Altenpflege stieg zwischen 2017 und 2020 um rund 200 auf rund 7.200 Vollzeitäquivalente. „Mit 17 Prozent entfällt österreichweit der niedrigste Anteil auf die mobilen Dienste“, sagt der LRH-Direktor. Bedingt durch Personalmangel konnten 2021 871 Plätze in Alten- und Pflegeheimen nicht belegt werden. „Wir haben einen Bedarf von rund 350 Pflegekräften errechnet, um diese Lücke schließen zu können“, erklärt Pammer. Da im Bereich der mobilen Dienste kein aktueller Überblick über Wartelisten vorlag, war eine Quantifizierung des Pflegekräftemangels für den gesamten Bereich der Altenpflege nicht möglich. „Ein großer Teil der pflegebedürftigen Personen wird zudem informell durch

Angehörige betreut, daher werden sich Veränderungen in diesem Bereich direkt auf die Altenpflege auswirken“, gibt der LRH-Direktor zu bedenken.

### **9.550 zusätzliche Pflegekräfte bis 2030**

Die Zahl der Pflegebedürftigen blieb von 2015 bis 2020 konstant; sie wird bis 2030 von aktuell rund 76.000 Personen um 15 Prozent auf etwa 87.000 Personen steigen. „Schätzungen gehen von 107.000 Pflegebedürftigen bis 2040 aus“, sagt Pammer. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Berufseinsteiger und die „Babyboomer“ gehen in Pension.

Der Bedarf an Pflegekräften für die oö. Fondskrankenanstalten liegt bis 2030 laut Berechnungen des LRH bei etwa 4.350 Personen. Die Abteilung Soziales geht in der Altenpflege bis 2030 von einem Bedarfszuwachs von 1.500 Vollzeitäquivalenten aus. „Rechnet man die erwarteten Pensionierungen dazu, so ergibt sich unter Berücksichtigung der Teilzeitbeschäftigungen ein Bedarf von rund 5.200 Personen“, erklärt Pammer. Insgesamt ergibt sich damit bis 2030 der Bedarf, 9.550 Personen für Pflegeberufe zu gewinnen.

Im aktuellen Regierungsprogramm ist das, gesellschaftspolitische Anliegen, „**Altern in Würde muss gesichert sein**“, formuliert. „Für die Planung des Personalbedarfs braucht es daher die Konkretisierungen der Leistungen, die man anbieten will“, erörtert der LRH-Direktor. Dazu sollte aus Sicht des LRH eine breite Auseinandersetzung über generationsbedingte Veränderungen mit den Gebietskörperschaften und der Bevölkerung erfolgen.

Die Leistungen im Bereich der Altenpflege werden im Bedarfs- und Entwicklungsplan dargestellt. 2022 arbeitete das Land an einem neuen Plan. Leistungsplanungen sollten künftig an den angestrebten Versorgungszielen und zusätzlich zum vorhandenen Leistungsniveau am bestehenden Betreuungs- und Pflegebedarf ausgerichtet werden. „Der aus dem Entwicklungsplan ermittelte zusätzliche Bedarf von 1.500 Vollzeitäquivalenten bis 2030 ist aus unserer Sicht zu hinterfragen“, sagt Pammer; die Personalplanung wäre ausgehend von den Versorgungszielen neu aufzusetzen.

### **Pflegekräftemangel erfordert Lösung auf mehreren Ebenen**

„Schon jetzt zeigen die Daten, dass es nicht genug Interessierte gibt, um alle Ausbildungsplätze zu besetzen“, erklärt der LRH-Direktor. Die Drop-Out-Quote betrug zwischen 2015 und 2021 rund 26 Prozent. Hier empfiehlt sich eine quantitative und qualitative Analyse, um Verbesserungen zu erzielen. „Neben den bestehenden flexibleren Ausbildungsmodellen sollte im Bereich der Altenpflege auch eine zentrale Stelle für die gesamte bedarfsbasierte Ausbildung eingerichtet werden“, sagt Pammer.

Im Februar 2022 beschloss die Oö. Landesregierung das Projekt „Fachkräftestrategie Pflege“ mit dem Ziel, zusätzliche Pflegekräfte zu gewinnen. Ergebnis des Projekts ist eine Maßnahmenliste. „Ein klarer messbarer Zielerreichungspfad mit einem laufenden Monitoring ist aus unserer Sicht unabdingbar, damit das Land reagieren kann, sollte sich abzeichnen, dass die angestrebten Ziele nicht erreicht werden“, sagt Pammer abschließend.